

TOP 18 am Donnerstag, 29. September 2016, ca. 20:20 Uhr

Bernd Rützel (SPD)

Beratung des Antrags der Fraktion DIE LINKE: Befristungspolitik im öffentlichen Dienst stoppen
(18/7567)

**Sehr geehrter Herr Präsident,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
werte Besucherinnen und Besucher,**

Es gibt zu viele Befristungen im
öffentlichen Dienst!

Diesen Satz unterschreibe ich Ihnen
sofort.

Die vielen Befristungen sind ein Nachteil:
– sowohl für die Arbeitnehmerinnen und
Arbeitnehmer

– wie auch für den Arbeitgeber, den Staat.

Den Beschäftigten verbauen die vielen Befristungen Lebenschancen. Ihnen wird damit eine langfristige Perspektive verweigert.

Und der Staat als Arbeitgeber wird unattraktiver. Dabei braucht er dringend qualifizierte Nachwuchskräfte.

Es gibt immer weniger junge Menschen im öffentlichen Dienst, das Durchschnittsalter der Beschäftigten wird

immer höher. Der Staatsdienst muss wieder attraktiver werden. Ein wichtiger Punkt dabei ist der Verzicht auf sachgrundlose Befristungen.

Das hohe Durchschnittsalter der Beschäftigten ist auch ein Grund für die vielen Befristungen:

Das IAB hat die Entwicklung und die Motive der befristeten Beschäftigung im Öffentlichen Dienst betrachtet. Es kommt dabei zu dem Schluss, dass sich ein Teil

der Befristungen durch die
Personalstruktur begründen lässt.

Häufig sind es Vertretungsbefristungen,
weil der Frauenanteil
überdurchschnittlich hoch ist und oft
Elternzeitvertretungen anfallen. Und
wegen des Alters der Belegschaft spielen
auch Vertretungen wegen Krankheit eine
größere Rolle als in der Privatwirtschaft.

Daher sage ich: Man muss genau
hinschauen. Und wo es gute Sachgründe

gibt, ist eine Befristung von
Arbeitsverhältnissen in Ordnung.

Es darf aber nicht sein, dass befristete
Anstellungen heute der Normalfall bei
einer Neueinstellung im öffentlichen
Dienst sind.

Der öffentliche Dienst war einmal ein
Vorbild, was die Sicherheit für die
Beschäftigten angeht. Der ausufernde
Gebrauch sachgrundloser Befristungen
hat diese Vorbildfunktion zunichte
gemacht.

Dabei wusste schon Goethe: „**Wer Gutes will, der sei erst gut.**“

Wenn wir keine prekären Beschäftigungsverhältnisse in der Privatwirtschaft wollen, sollten wir sie auch nicht im Staatsdienst zulassen.

Dahin müssen wir zurückkommen: Dass der öffentliche Dienst wieder ein Vorbild ist. Dass die Menschen, die dort arbeiten, wieder eine langfristige Perspektive haben.

Vielen Dank.